

Antrag 198/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Detox des Jahrhunderts - PFAS abschaffen!**

1 Der Kongress der Party of European Socialists möge be-
2 schließen:
3
4 Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen, kurz PFAS, sind
5 eine mehr als 10.000 Einzelsubstanzen umfassende Grup-
6 pe von Chemikalien. Sie sind wasser-, fett- und schmutz-
7 abweisend und werden daher in den verschiedensten
8 Branchen eingesetzt, um Antihaft-, flecken- oder was-
9 serfeste Produkte herzustellen. Neben der bekanntesten
10 Verwendung in beschichteten Pfannen findet man PF-
11 AS unter anderem in Regenjacken, Kettenfett, Zahnseide,
12 Lebensmittelbehältern, Feuerlöschschaum und Kosmetik.
13 Allein in der EU werden mehr als 100.000 Tonnen PFAS pro
14 Jahr produziert.
15
16 Die Stoffe kommen in der Natur nicht vor und können
17 durch Wasser, Licht oder Bakterien in der Umwelt auch
18 nicht zeitnah abgebaut werden. PFAS sind außerdem sehr
19 mobil, sodass sie in Wasser, Luft, Regen, pflanzlichen und
20 tierischen Lebensmitteln nachgewiesen werden können.
21 Sie stellen auch ein Risiko für Tier- und Pflanzengesund-
22 heit und mithin für Biodiversität dar. PFAS stören eine Rei-
23 he biochemischer Aktivitäten in Pflanzenzellen, wie Pho-
24 tosynthese, Genexpression, Proteinsynthese, Kohlenstoff-
25 und Stickstoffstoffwechsel.
26
27 PFAS gelangen auch in den menschlichen Körper und
28 belasten ihn. Einige bestimmte werden mit einer Rei-
29 he ernsthafter Probleme für die menschliche Gesund-
30 heit, unter anderem mit Krebs, Geburtsfehlern, Leber-
31 und Schilddrüsenerkrankungen, Unfruchtbarkeit, Nieren-
32 erkrankungen sowie immunologischen Auswirkungen, in
33 Verbindung gebracht. Schätzungen zufolge belasten die
34 jährlichen Kosten für die Behandlung der gesundheitli-
35 chen Folgen von PFAS die europäischen Gesundheitssys-
36 teme zwischen 52 und 84 Milliarden Euro.
37
38 An mehr als 1.500 Orten in Deutschland lassen sich PF-
39 AS nachweisen, in ganz Europa an mehr als 17.000, wobei
40 die Dunkelziffer aufgrund nicht vollständiger Schadenser-
41 kundung viel höher ist. Eine systematische Prüfung des
42 Wassers und der Böden an Standorten mit hohem Risi-
43 ko bleibt noch aus. Zu den häufigsten Hotspots zählen
44 Flughäfen und Militärstandorte, Kläranlagen und Depo-
45 nien sowie Standorte der Textil- und Metallindustrie und
46 der Altpapierverarbeitung. Im Rahmen des Forever Polluti-
47 on Project haben Reporter*innen rund 1.000 dieser Stand-
48 orte angefragt, wovon der Großteil bisher keinerlei Mes-

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: FA X - Natur, Energie, Umweltschutz (Kon-
sens)**

49 sungen vorgenommen hat. In vielen Fällen einer bewie-
50 senen PFAS-Belastung haben die Behörden offenbar nicht
51 einmal die Bevölkerung vor Ort informiert. Für die Ein-
52 tragsquellen der Schadstoffe besteht darüber hinaus häu-
53 fig weiterer Erkundungsbedarf.

54

55 Laut Studien der NGO Pesticide Action Network Euro-
56 pe aus Mai 2024, liegt Kontamination von 94% ihrer
57 Oberflächenwasser- und 63% ihrer Flaschenwasserproben
58 durch TFA (Trifluoressigsäure), ein hoch persistentes Ab-
59 bauprodukt von PFAS-Pestiziden und fluorierten Gasen,
60 bereits weit über den in der überarbeiteten ab 2026 gel-
61 tenden Trinkwasserrichtlinie festgelegten Grenzwerten.

62

63 Je mehr PFAS produziert werden und in die Umwelt gelin-
64 gen, desto mehr reichern sie sich an und desto schwieriger
65 und teurer wird die Sanierung der flächendeckenden Ver-
66 seuchung. Bistlang ist es selbst mit besonders teuren Ver-
67 fahren nur schwer möglich, aus PFAS-haltigen Abwässern
68 und Gegenständen die Giftstoffe herauszufiltern oder zu
69 verbrennen. Laut Expert*innen der Kreislaufwirtschaft ge-
70 langt die Mehrheit der mit PFAS belasteten Plastik auch
71 ins Recyclingsystem. Eine Studie des Nordischen Minister-
72 rates schätzt die Sanierungskosten allein für Europa be-
73 reits auf 16 Milliarden Euro. In Deutschland haben Behör-
74 den bisher bei den allerwenigsten Schadensfällen über-
75 haupt mit einer Sanierung begonnen. 2020 schrieb die
76 Bundesregierung, dass bei weniger als einem Prozent aller
77 PFAS-Verdachtsfällen die Sanierung abgeschlossen sei.

78

79 Februar 2023 hat die zuständige EU-Behörde ECHA (Euro-
80 pean Chemicals Agency) den Vorschlag von fünf Ländern
81 inklusive Deutschlands vorgestellt, die gesamte Stoff-
82 gruppe der PFAS ganz überwiegend zu verbieten. Bistlang
83 sind nur zwei Stoffe der Gruppe verboten, PFOS und PFOA.
84 Eine Entscheidung wird wohl erst im Jahr 2025 und fallen.

85

86 Industrieverbände und Großunternehmen arbeiten schon
87 hart daran, die Europäische Kommission und die Mitglied-
88 staaten zu beeinflussen, das bevorstehende Verbot abzu-
89 schwächen. Laut LobbyFacts, einem gemeinsamen Projekt
90 von Corporate Europe Observatory und LobbyControl, tau-
91 chen sieben sog. Giftlobbys unter den 50 Organisationen
92 auf, die am meisten für die Lobbyarbeit in der EU ausge-
93 ben. Darüber hinaus unterliegen die Lobbyausgaben von
94 Big Tech und Big Energy die von diesen und weiteren Un-
95 ternehmen und Industrieverbänden in der Chemie- und
96 Plastikindustrie deutlich. Die Industrie hat tiefe Taschen
97 und kann und muss für das giftige Erbe in unseren Kör-
98 pern, Böden, Luft und Gewässern zur Rechenschaft gezo-
99 gen werden.

100

101 Es gibt zurecht einen Schutzwall für das öffentliche In-

102 teresse gegen die Lobbyarbeit der Tabakindustrie in Be-
103 zug auf die öffentliche Gesundheit, und es gibt immer
104 mehr Bestrebungen, dass dasselbe auch für die Industrie
105 der fossilen Brennstoffe und die Chemieindustrie gilt. Es
106 ist höchste Zeit, die Verursacher von Umweltverschmut-
107 zung auch aus der politischen Entscheidungsfindung zu
108 verbannen.

109

110 Wir fordern daher:

- 111 • Ein umfassendes EU-Verbot von der PFAS-
112 Stoffgruppe sowie ein Einfuhrverbot von Agrarpro-
113 dukten, die mit PFAS-haltigen Pestiziden hergestellt
114 werden.
- 115 • Öffentliche Förderung neuer Technologien an Klär-
116 anlagen und Deponien, um die weitere Verschmut-
117 zung von Wasser und Böden zu verhindern.
- 118 • Eine Nachverschärfung der europäischen Trinkwas-
119 serrichtlinie auf der Grundlage der Leitlinien der EF-
120 SA, der Europäischen Behörde für Lebensmittelsi-
121 cherheit.
- 122 • Eine Pflicht zur regelmäßigen und flächendecken-
123 den Messung der Grund- und Oberflächenwasser
124 sowie Böden an und in der Nähe von industriellen
125 und militärischen Standorten, baulichen und tech-
126 nischen Anlagen sowie öffentlichen Parks, Wäldern
127 und Badestellen.
- 128 • Eine Informations- und Aufklärungspflicht gegen-
129 über der Bevölkerung vor Ort, wenn PFAS in bedeu-
130 tender Menge erfasst werden.
- 131 • Die verpflichtende Kennzeichnung PFAS-haltiger
132 Produkte und Behälter, die sich bis Einführung des
133 Verbots noch im Warenumlauf befinden, samt War-
134 nungen über mögliche gesundheitliche Folgen.
- 135 • Eine verpflichtende Kostenbeteiligung nach Verur-
136 sacherprinzip für Unternehmen und Konzerne, die
137 PFAS-haltige Produkte herstellen, sowohl für die Sa-
138 nierung betroffener Orte als auch für weitere For-
139 schung zu den gesundheitlichen Folgen der PFAS.
- 140 • Eine neue und umfassende Verpflichtung auf
141 Bundes- und Europaebene, Entscheidungen im Be-
142 reich der öffentlichen Gesundheit vor dem Einfluss
143 der Chemieindustrie zu schützen.

144